



AUSGABE 36 | 06.09.2024

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer | Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek

Terminaviso

Verfassungsrechtliche Gespräche

Am 30. und 31. Jänner 2024 finden an der Johannes Kepler Universität Linz die "Verfassungsrechtlichen Gespräche" statt, die dem Austausch über grundlegende Fragen des Verfassungsrechts dienen sollen.

Nähere Informationen finden Sie hier.

I. BUNDESGESETZBLATT

BGBI I 138/2024

Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über die Etablierung einer **gebietskörperschaftenübergreifenden Transparenzdatenbank** (homogene Erfassung der Förderungsbeschreibungen; Überprüfung des Bestehens gleichgelagerter Förderungsprogramme)

BGBI II 232/2024

Verordnung des Bundesministers für Finanzen zu den im Ausmaß von zwei Dritteln inflationsangepassten Beträgen im EStG 1988 für das Jahr 2025 (Inflationsanpassungsverordnung 2025)

BGBI II 233/2024

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die **Suchtgift-Grenzmengenverordnung** geändert wird

BGBI II 234/2024

Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, mit der die Altlastenatlas-VO geändert wird (2. Altlastenatlas-VO-Novelle 2023)

BGBI II 235/2024

Verordnung der Bundesministerin für Justiz über die Errichtung einer weiteren Notarstelle in Klagenfurt

BGBI II 236/2024

Verordnung der Bundesministerin für Justiz über die Errichtung einer weiteren Notarstelle in Villach

BGBI II 237/2024

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung, mit der die Beträge für die Gewährung von Schulbeihilfen und Heimbeihilfen für das Schuljahr 2024/25 festgesetzt werden (**Schülerbeihilfen-Valorisierungsverordnung** 2024)

BGBI II 238/2024

Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie über eine abschnittsbezogene Geschwindigkeitsüberwachung 2024 im Abschnitt Ofenauertunnel – Hieflertunnel der A 10 Tauern Autobahn (Section Control-Messstreckenverordnung A 10 Ofenauertunnel – Hieflertunnel 2024)

BGBI II 239/2024

Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie über eine abschnittsbezogene Geschwindigkeitsüberwachung 2024 im Bereich der Tunnelkette Inzersdorf – Schön im Zuge der A 9 Pyhrn Autobahn (Section Control-Messstreckenverordnung A 9 Tunnelkette Inzersdorf – Schön 2024)

BGBI II 240/2024

Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie über eine abschnittsbezogene Geschwindigkeitsüberwachung im Bereich zwischen Knoten Prater und Knoten Schwechat der A 4 Ost Autobahn (Section Control-Messstreckenverordnung A 4 Knoten Prater 2024)

BGBI II 241/2024 (Anlage)

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung zur Registerforschung im Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (**Registerforschungsverordnung**-BMK – RFVO-BMK)

BGBI II 242/2024

Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der die Obergrenzenrichtlinien geändert werden

II. AMTSBLATT DER EU

Keine Rechtsakte mit Gesetzgebungscharakter im Berichtszeitraum.

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

17.04.2024, Ra 2023/03/0005

TelekommunikationsG; bei dem **Radarwarngerät** handelt es sich um eine **Funkanlage** nach dem TelekommunikationsG, für deren Errichtung es einer Bewilligung bedarf; von der Errichtung einer Funkanlage ist der Betrieb zu unterscheiden; bei der Errichtung wird eine Funkanlage betriebsbereit gestellt; als Betrieb ist die anschließende Verwendung der Funkanlage zu verstehen, etwa der Empfang von Funkwellen eines Radargeräts; im vorliegenden Fall hat das BVwG das Radarwarngerät zwar zu Recht als Funkanlage eingeordnet, es hat jedoch nicht ausreichend geprüft, ob der Fahrer die Funkanlage auch betrieben hat

08.08.2024, Ra 2024/10/0058

IslamG 2015; B-VG; gem Art 77 Abs 3 zweiter Satz B-VG kann der Bundespräsident die sachliche Leitung bestimmter, zum Wirkungsbereich des Bundeskanzleramts gehörender Angelegenheiten unbeschadet des Fortbestands ihrer Zugehörigkeit zum Bundeskanzleramt eigenen Bundesministern übertragen; mit "Entschließung des Bundespräsidenten, mit der die sachliche Leitung bestimmter, zum Wirkungskreis des Bundeskanzleramtes gehörender Angelegenheiten einer eigenen Bundesministerin übertragen wird" vom Jänner 2022 wurde der Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration und Medien im Bundeskanzleramt die sachliche Leitung in "Angelegenheiten des Kultus" übertragen; somit war die Bundesministerin für die Erlassung eines Bescheids nach dem IslamG 2015, mit dem die Rechtspersönlichkeit einer Kultusgemeinde aufgehoben wird, zuständig

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Oö 10.06.2024, LVwG-950216

LandesvertragslehrpersonenG; VwGVG; der Bf ist als Landeslehrer an einer Mittelschule tätig und steht als Vertragslehrperson im Oö Landesdienst; die Abberufung als Mentor wurde im Antrag auf Feststellung als dienstliche Weisung an den Bf als Landeslehrer bezeichnet; dieser Rechtsakt stellt systematisch eine dienstrechtliche Angelegenheit dar, weshalb sich für das erkennende Gericht ergibt, dass es sich nicht um eine schulrechtliche (bei der auch eine Zuständigkeit des BVwG bestünde) sondern um eine dienstrechtliche Angelegenheit handelt, die vom LVwG Oö aufgrund der sachlichen und örtlichen Zuständigkeit nach § 3 VwGVG zu entscheiden ist

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

03.09.2024, verb Rs C-611/22 P u C-625/22 P, Illumina/ Kommission

Rechtsmittel – **Wettbewerb** – Zusammenschlüsse – **Markt der Arzneimittelindustrie** – Systeme zur Gensequenzierung – Erwerb der ausschließlichen Kontrolle über die Grail LLC durch die Illumina Inc – **Verordnung (EG) Nr 139/2004** – Art 22 – Verweisungsantrag einer nationalen Wettbewerbsbehörde, die nach nationalem Recht für die Prüfung des Zusammenschlusses nicht zuständig ist – Beschlüsse der Europäischen Kommission, diesen Zusammenschluss zu prüfen – Beschlüsse der Kommission, mit denen den Anträgen anderer nationaler Wettbewerbsbehörden, sich dem Verweisungsantrag anzuschließen, stattgegeben wird – Zuständigkeit der Kommission – Rechtssicherheit

05.09.2024, verb Rs C-256/23 u C-290/23, ECHA

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 299 AEUV – **Verordnung (EG) Nr 1907/2006** – **Registrierung, Bewertung, Zulassung** und **Beschränkung chemischer Stoffe (REACH)** – Art 94 Abs 1 – **Verordnung (EG) Nr 340/2008** – Art 11 Abs 3 Unterabs 2 und Art 13 Abs 4 Unterabs 3 – An die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) zu entrichtende Gebühren und Entgelte – Gebühr für die Registrierung eines Stoffes – Ermäßigung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) – Überprüfung der Angaben zur Größe des betreffenden Unternehmens durch die ECHA – Versäumnis, bestimmte Informationen fristgerecht zu übermitteln – Entscheidung der ECHA, mit der die Zahlung der vollen betreffenden Gebühr gefordert und ein Verwaltungsentgelt

festgesetzt wird – Zwangsvollstreckung – Möglichkeit für die ECHA, bei einem nationalen Gericht Klage auf Zahlung dieses Verwaltungsentgelts zu erheben

05.09.2024, Rs C-109/23, Jemerak

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsame Außen-** und **Sicherheitspolitik** – **Restriktive Maßnahmen** angesichts der **Handlungen Russlands**, die die Lage in der Ukraine destabilisieren – **Verordnung (EU) Nr 833/2014** – Art 5n Abs 2 und 6 – Verbot der unmittelbaren oder mittelbaren Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der Rechtsberatung für die Regierung Russlands oder für in Russland niedergelassene juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen – Ausnahme betreffend die Erbringung von Dienstleistungen, die zur Gewährleistung des Zugangs zu Gerichts-, Verwaltungs- oder Schiedsverfahren in einem Mitgliedstaat unbedingt erforderlich sind – Beurkundung und Vollzug eines Immobilienkaufvertrags durch einen Notar – Unterstützung durch einen Dolmetscher im Rahmen einer solchen Beurkundung

05.09.2024, Rs C-67/23, W GmbH

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – Restriktive Maßnahmen gegen Birma/Myanmar – Verbot der Einfuhr von Gütern, die ihren Ursprung in Birma/Myanmar haben oder aus Birma/Myanmar ausgeführt wurden – Verordnung (EG) Nr 194/2008 – Art 2 Abs 2 Buchst a – Teakholzstämme mit Ursprung in Birma/Myanmar, die vor dem Transport in die Europäische Union nach Taiwan ausgeführt und dort bearbeitet wurden – Verordnung (EWG) Nr 2913/92 – Zollkodex der Gemeinschaften – Art 24 – Begriff "wesentliche Be- oder Verarbeitung" – In Taiwan entastete, entrindete, zu Holzquadern zugesägte oder zu Teak-Schnittholz zersägte Teakholzstämme – Von den taiwanesischen Behörden ausgestelltes Ursprungszeugnis – Wert dieses Zeugnisses für die Bestimmung des Ursprungs dieser Teakholzstämme durch die Zollbehörden der Mitgliedstaaten

05.09.2024, Rs C-83/23, H GmbH (Droit direct au remboursement de la TVA)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Harmonisierung** des **Steuerrechts** – **Gemeinsames Mehrwertsteuersystem** – **Richtlinie 2006/112/EG** – Zu Unrecht in Rechnung gestellte und entrichtete Mehrwertsteuer – **Berichtigung** der **Rechnung** – Insolvenz des Leistenden – Erstattung der Mehrwertsteuer an den Leistenden – Weigerung der Steuerbehörde, die Mehrwertsteuer unmittelbar an den Erwerber zu erstatten – Vorrang in Bezug auf den Anspruch auf Erstattung der Mehrwertsteuer – Gefahr einer doppelten Erstattung der Mehrwertsteuer – Gefährdung des Steueraufkommens

05.09.2024, Rs C-344/23, BIOR

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Zollunion** – **Gemeinsamer Zolltarif** – **Verordnung (EG) Nr 1186/2009** – **Befreiung** von den **Eingangsabgaben** – Art 46 – Markierungen zur Kennzeichnung von Fischen – Begriff "wissenschaftliche Instrumente oder Apparate" – Tarifierung – Kombinierte Nomenklatur – Unterpositionen 3926 90 92 und 3926 90 97

05.09.2024, Rs C-224/23 P, PBL u Abdelmouine/ Kommission

Rechtsmittel – **Staatliche Beihilfen** – Beschwerde zu einer staatlichen Beihilfe, die einem **Profifußballverein** ermöglicht haben soll, einen bis dahin von einem anderen Verein beschäftigten Spieler zu verpflichten – Beschwerde, die von einem der "socios" des zuletzt genannten, in Form einer Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht gegründeten Vereins eingelegt wird – Beschluss der Europäischen Kommission, mit dem das **Fehlen** der **Eigenschaft** eines "**Beteiligten**" festgestellt wird, dem das Recht auf Einlegung einer Beschwerde zusteht – **Verordnung (EU) 2015/1589** – Art 1 Buchst h – **Begriffe** "**Beteiligter**" und "**Personen** … deren **Interessen** aufgrund der **Gewährung der Beihilfe beeinträchtigt** sein können"

05.09.2024, Rs C-86/23, HUK-COBURG-Allgemeine Versicherung II

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Justizielle Zusammenarbeit** in **Zivilsachen** – Für **außervertragliche Schuldverhältnisse maßgebendes Recht** – **Verordnung (EG) Nr 864/2007** – Art 16 – Eingriffsnormen – Verkehrsunfall – Schadensersatzansprüche, die den Familienangehörigen des Verstorbenen zuerkannt werden – Grundsatz der Billigkeit bei der Entschädigung für den immateriellen Schaden – Beurteilungskriterien

05.09.2024, verb Rs C-775/22, C-779/22 u C-794/22, Banco Santander (Résolution bancaire Banco Popular II)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Richtlinie 2014/59/EU** – **Abwicklung** von **Kreditinstituten** und **Wertpapierfirmen** – **Allgemeine Grundsätze** – Art 34 Abs 1 Buchst a und b – Bail-in – Herabschreibung von Kapitalinstrumenten – Umwandlung von nachrangigen Schuldverschreibungen in Aktien und zwangsweise Übertragung ohne Gegenleistung – Wirkungen – Art 38 Abs 13 – Art 53 Abs 1 und 3 – Art 60 Abs 2 Unterabs 1 Buchst b und c – Art 73 bis 75 – Schutz der Rechte der Anteilseigner und der Gläubiger – Erwerb von Kapitalinstrumenten – Mangelhafte und falsche Angaben im Prospekt – Haftungsklage – Klage auf Nichtigerklärung des Vertrags zum Erwerb der Kapitalinstrumente – Klagen gegen den Gesamtrechtsnachfolger des sich in Abwicklung befindlichen Kreditinstituts

05.09.2024, verb Rs C-639/22 bis C-644/22, Inspecteur van de Belastingdienst Utrecht

Vorabentscheidungsersuchen – **Gemeinsames Mehrwertsteuersystem** – **Richtlinie 2006/112/EG** – **Befreiungen** – Art 135 Abs 1 Buchst g – Verwaltung von Sondervermögen – Begriff – Rentenfonds – Vergleichbarkeit mit einem Organismus für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW) – Von den Mitgliedern getragene Anlagerisiken – Umfang – Notwendigkeit eines Vergleichs mit einem Rentenfonds, der vom betreffenden Mitgliedstaat als Sondervermögen betrachtet wird

05.09.2024, Rs C-603/22, M S ua (Droits procéduraux d'une personne mineure)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Justizielle Zusammenarbeit** in **Strafsachen** – **Richtlinie** (EU) 2016/800 – **Verfahrensgarantien** in **Strafverfahren** für **Kinder**, die Verdächtige oder beschuldigte Personen in Strafverfahren sind – **Anwendungsbereich** – Art 2 Abs 3 – Personen, die zum Zeitpunkt der Einleitung eines Strafverfahrens gegen sie Kinder waren, aber während des Verfahrens das 18. Lebensjahr vollenden – Art 4 – **Auskunftsrecht** – Art 6 – **Recht** auf **Zugang** zu einem **Rechtsbeistand** – Art 18 – Recht auf **Prozesskostenhilfe** – Art 19 – **Rechtsbehelfe** – Zulässigkeit von Beweisen, die unter Verletzung von Verfahrensrechten erlangt wurden

05.09.2024, verb Rs C-498/22 bis C-500/22, Novo Banco ua

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sanierung und Liquidation von Kreditinstituten – Richtlinie 2001/24/EG – Art 3 und 6 – Gegenüber einem Kreditinstitut ergriffene Sanierungsmaßnahme – Übertragung von Verbindlichkeiten und Haftungsrisiken dieses Kreditinstituts auf eine "Brückenbank" vor Erhebung einer Klage auf Begleichung einer Forderung gegenüber diesem Kreditinstitut – Rückübertragung bestimmter Verbindlichkeiten und Haftungsrisiken auf das gleiche Kreditinstitut – Recht des Mitgliedstaats, in dem das betreffende Verfahren eröffnet wird (lex concursus) – Auswirkungen einer Sanierungsmaßnahme in anderen Mitgliedstaaten – Gegenseitige Anerkennung – Auswirkungen einer Verletzung der Pflicht zur öffentlichen Bekanntmachung der Sanierungsmaßnahme – Art 17, 21, 38 und 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Eigentumsrecht – Wirksamer gerichtlicher Rechtsschutz – Verbraucherschutz – Richtlinie 93/13/EG – Art 6 Abs 1 – Missbräuchliche Klauseln – Grundsätze der Rechtssicherheit und des Vertrauensschutzes – Passivlegitimation der "Brückenbank"

05.09.2024, Rs C-494/22 P, Kommission/Tschechische Republik (Briquets de poche)

Rechtsmittel – **Eigenmittel** der **Europäischen Union** – **Finanzielle Verantwortung** eines **Mitgliedstaats** – Zahlung von Beträgen, die einem Verlust an Eigenmitteln entsprechen, an die Europäische Kommission – Klage wegen ungerechtfertigter Bereicherung der Union – **Verpflichtungen** der **Mitgliedstaaten im Bereich** der **Eigenmittel** – Feststellung der Eigenmittelbeträge – Aufnahme der nicht eingezogenen Beträge in die Buchführung B – Fristen – Aufhebung der Verpflichtung, die den festgestellten Ansprüchen entsprechenden Beträge zur Verfügung zu stellen, die für uneinbringlich erklärt wurden – Voraussetzungen

B. SCHLUSSANTRÄGE

05.09.2024, Rs C-627/23, Communes de Schaerbeek und de Linkebeek (GA De la Tour)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Richtlinie 2003/71/EG** – **Zulassung** von **Wertpapieren** zum **Handel** – **Kapitalerhöhung** – Zu veröffentlichender Prospekt – Begriff 'auf dem Kapitalmarkt handelbares Wertpapier' – Aktien einer Holdinggesellschaft, die nur von Provinzen und Gemeinden gehalten werden können und deren Übertragung der Genehmigung des Verwaltungsrats bedarf

05.09.2024, Rs C-526/23, VariusSystems (GA De la Tour)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Justizielle Zusammenarbeit** in **Zivilsachen** – **Verordnung (EU) Nr 1215/2012** – **Gerichtliche Zuständigkeit** und **Anerkennung** und **Vollstreckung** von **Entscheidungen** – Besondere Zuständigkeit, wenn ein Vertrag oder Ansprüche aus einem Vertrag den Gegenstand des Verfahrens bilden – Art 7 Nr 1 Buchst b – Erbringung von Dienstleistungen – Software, die in einem Mitgliedstaat entwickelt und betrieben wird und an die individuellen Bedürfnisse eines in einem anderen Mitgliedstaat ansässigen Nutzers angepasst ist – Erfüllungsort

05.09.2024, Rs C-510/23, Trenitalia (GA Pikamäe)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbraucherschutz – Richtlinie 2005/29/EG – Unlautere Geschäftspraktiken von Unternehmen gegenüber Verbrauchern im Binnenmarkt – Wettbewerb – Art 102 AEUV – Missbrauch einer beherrschenden Stellung – Stärkung der nationalen Wettbewerbsbehörden im Hinblick auf die Durchsetzung der Wettbewerbsvorschriften – Richtlinie (EU) 2019/1 – Nationale Verfahren zur Feststellung von Verstößen im Bereich des Verbraucherrechts – Voruntersuchungsphase – Einhaltung einer angemessenen Frist – Nationale Regelung, die eine Verpflichtung zur Einleitung des Untersuchungsverfahrens innerhalb einer Ausschlussfrist von 90 Tagen vorsieht – Nichtigerklärung des Sanktionsbescheids bei Missachtung dieser Frist – Effektivitätsgrundsatz – Grundsatz der Rechtssicherheit – Verteidigungsrechte

05.09.2024, Rs C-511/23, Caronte & Tourist (GA Pikamäe)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbraucherschutz – Richtlinie 2005/29/EG – Unlautere Geschäftspraktiken von Unternehmen gegenüber Verbrauchern im Binnenmarkt – Wettbewerb – Art 102 AEUV – Missbrauch einer beherrschenden Stellung – Stärkung der nationalen Wettbewerbsbehörden im Hinblick auf die Durchsetzung der Wettbewerbsvorschriften – Richtlinie (EU) 2019/1 – Nationale Verfahren zur Feststellung von Verstößen im Bereich des Verbraucherrechts – Voruntersuchungsphase – Einhaltung einer angemessenen Frist – Nationale Regelung, die eine Verpflichtung zur Einleitung des Untersuchungsverfahrens innerhalb einer Ausschlussfrist von 90 Tagen vorsieht – Nichtigerklärung des Sanktionsbescheids bei Missachtung dieser Frist – Effektivitätsgrundsatz – Grundsatz der Rechtssicherheit – Verteidigungsrechte

05.09.2024, Rs C-416/23, Österreichische Datenschutzbehörde (Demandes excessives) (GA De la Tour)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten – Verordnung (EU) 2016/679 – Art 57 Abs 4 – Aufgaben der Aufsichtsbehörde – Anfrage – Begriff – Exzessive Anfragen – Begriff – Art 77 Abs 1 – Recht, eine Beschwerde einzureichen – Angemessene Gebühr auf der Grundlage der Verwaltungskosten oder Weigerung der Aufsichtsbehörde, aufgrund der Anfrage tätig zu werden – Kriterien, von denen sich die Aufsichtsbehörde bei ihrer Wahl leiten lassen kann

05.09.2024, Rs C-331/23, Dranken Van Eetvelde (GA Kokott)

Vorabentscheidungsersuchen – Steuerrecht – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 205 und 273 – Gesamtschuldnerische Haftung für Steuerschulden eines Dritten – Voraussetzungen und Umfang der Haftung – Unbedingte Haftung ohne Berücksichtigung des konkreten Tatbeitrages – Erstreckung der Haftung auf die Steuerschuld ohne Berücksichtigung eines Vorsteuerabzugs – Erweiterte Haftung zur effektiven Bekämpfung von Mehrwertsteuerbetrug – Verhältnismäßigkeit einer solchen Haftung – Grundsatz der Neutralität – Ne-bis-in-idem-Grundsatz

05.09.2024, Rs C-227/23, Kwantum Nederland und Kwantum België (GA Szpunar)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Geistiges Eigentum – Urheberrecht – Richtlinie 2001/29/EG** – Art 2 und 4 – **Vervielfältigungs-** und **Verbreitungsrecht** – Urheberrechtlicher Schutz von Gegenständen der angewandten Kunst, deren Ursprungsland kein Mitgliedstaat ist – Berner Übereinkunft – Art 2 Abs 7 – Kriterium der materiellen Gegenseitigkeit – Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen der Union und ihren Mitgliedstaaten – Art 17 Abs 2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Grundrecht auf Schutz des geistigen Eigentums – Art 52 Abs 1 der Charta der Grundrechte – Einschränkungen – Art 351 Abs 1 AEUV

05.09.2024, Rs C-217/23, Laghman (GA De la Tour)

Vorabentscheidungsersuchen – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – **Gemeinsame Asylpolitik** – **Richtlinie 2011/95/EU** – **Voraussetzungen** für einen **Anspruch** auf **internationalen Schutz** oder **subsidiären Schutz** – **Flüchtlingseigenschaft** – Art 2 Buchst d – Verfolgungsgründe – Art 10 Abs 1 Buchst d Unterabs 1 zweiter Gedankenstrich – Begriff der Zugehörigkeit zu einer 'bestimmten sozialen Gruppe' – Begriff 'deutlich abgegrenzte Identität' im Herkunftsland – Betrachtung

einer Gruppe als andersartig von der sie umgebenden Gesellschaft – Beurteilungskriterien – Person, die internationalen Schutz beantragt und einer in ihrem Herkunftsland in eine Blutfehde verwickelten Familie angehört

05.09.2024, Rs C-47/23, Kommission/ Deutschland (Détérioration des prairies maigres de fauche) (GA Emiliou)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Art 258 AEUV – "Systematischer und anhaltender Verstoß" – **Richtlinie 92/43/EWG** – **Erhaltung** der **natürlichen Lebensräume** sowie der **wildlebenden Tiere** und **Pflanzen** – Zulässigkeit von Beweismitteln, die sich auf im Vorverfahren nicht erörterte Einzelfälle beziehen – Art 6 Abs 2 – **Geeignete Maßnahmen** zur **Vermeidung** der **Verschlechterung natürlicher Lebensräume** in **besonderen Schutzgebieten** – Versäumnis, solche geeigneten Maßnahmen zu treffen – Lebensraumtypen 6510 und 6520 – "Magere Flachland-Mähwiesen" und "Berg-Mähwiesen" – Art 4 Abs 1 – Verpflichtung der Mitgliedstaaten, eine Liste von Gebieten, die geschützte natürliche Lebensraumtypen umfassen, vorzuschlagen – Versäumnis, die diese Gebiete betreffenden Informationen regelmäßig zu aktualisieren

C. GERICHT

04.09.2024, Rs T-568/23, August Storck/ EUIPO (MIT FREUDE NASCHEN!)

Unionsmarke – Anmeldung der Unionsbildmarke MiT FREUDE NASCHEN! – Absolutes Eintragungshindernis – Fehlende Unterscheidungskraft – Art 7 Abs 1 Buchst b der **Verordnung (EU) 2017/1001** – Begründungspflicht – Art 94 der Verordnung 2017/1001

04.09.2024, Rs T-470/23, Erzeugergemeinschaft Winzersekt/ EUIPO - Milz (Hinterland)

Unionsmarke – Nichtigkeitsverfahren – Unionswortmarke Hinterland – **Absoluter Nichtigkeitsgrund** – Unterscheidungskraft – Kein beschreibender Charakter – Art 7 Abs 1 Buchst b und c der **Verordnung (EU) 2017/1001**

04.09.2024, Rs T-373/23, Galenica/ EUIPO - EvivaMed Distribution (VIVORA)

Unionsmarke – Widerspruchsverfahren – **Anmeldung** der Unionswortmarke VIVORA – Ältere Wortmarke VERFORA – Teilweise Zurückweisung des Widerspruchs – **Relatives Eintragungshindernis** – **Verwechslungsgefahr** – Wechselbeziehung – Art 8 Abs 1 Buchst b der Verordnung (EU) 2017/1001 – **Begründungspflicht** – Art 94 Abs 1 Satz 1 der Verordnung 2017/1001

04.09.2024, Rs T-347/23, EvivaMed Distribution/ EUIPO - Galenica (VIVORA)

Unionsmarke – Widerspruchsverfahren – **Anmeldung** der Unionswortmarke VIVORA – Ältere Wortmarke VERFORA – Teilweise Zurückweisung der Anmeldung – **Relatives Eintragungshindernis** – **Verwechslungsgefahr** – Art 8 Abs 1 Buchst b der Verordnung (EU) 2017/1001

04.09.2024, Rs T-51/23, OSR Enterprises/ EUIPO - Möckel und Gramann (evolver)

Unionsmarke – Verfallsverfahren – Unionswortmarke evolver – **Teilweiser Verfall** – **Ernsthafte Benutzung** der **Marke** – Art 18 Abs 1 und Art 58 Abs 1 Buchst a der Verordnung (EU) 2017/1001 – **Nachweis** der **ernsthaften Benutzung** – Verspätete Vorlage von Unterlagen – Art 95 Abs 2 der Verordnung 2017/1001

04.09.2024, Rs T-599/22, Hypo Vorarlberg Bank/ SRB (Contributions ex ante 2017)

Wirtschafts- und Währungsunion – Bankenunion – Einheitlicher Abwicklungsmechanismus für Kreditinstitute und bestimmte Wertpapierfirmen (SRM) – Einheitlicher Abwicklungsfonds (SRF) – Beschluss des SRB über die Berechnung der für 2017 im Voraus erhobenen Beiträge – Bestimmung der jährlichen Zielausstattung des SRF – Begründungspflicht – Art 291 Abs 2 AEUV – Art 70 Abs 7 der Verordnung (EU) Nr 806/2014 – Durchführungsverordnung (EU) 2015/81 – Durchführungsbefugnisse des Rates – Entsprechend begründete Sonderfälle – Umfang der Durchführungsbefugnisse – Zeitliche Beschränkung der Wirkungen des Urteils

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

29.08.2024, Beschwerde Nr 12767/21, Lefebvre/Frankreich

Keine Verletzung von Art 10 EMRK (Freiheit der Meinungsäußerung); zivilrechtliche Verurteilung eines Gemeinderatsmitglieds und Vorsitzenden einer Oppositionsgruppe im Gemeinderat wegen öffentlicher Verleumdung einer gemischtwirtschaftlichen Aktiengesellschaft, die für die Verwaltung von fast einem Drittel des Sozialwohnungsbestands der Gemeinde zuständig ist, aufgrund von Äußerungen auf der Pinnwand seines Facebook-Accounts

29.08.2024, Beschwerde Nr 44681/21 u.a., Tsulukidze und Rusulashvilil Georgien

Verletzung von Art 6 EMRK (Recht auf faires Verfahren); Teilnahme eines Richters an den dreiköpfigen Spruchkörpern des Obersten Gerichtshofs, die die jeweiligen Klagen der Bf abgewiesen haben, wobei seine richterliche Assistentin die Tochter des Anwalts war, der das beklagte Unternehmen vertrat; Aufgaben der richterlichen Assistenten, wie sie in den nationalen Rechtsvorschriften vorgesehen sind, nicht nur verwaltungstechnischer Art; Teilnahme des Richters in Verbindung mit dem umfassenden Mandat, das den richterlichen Assistenten im georgischen Rechtssystem erteilt wird, geeignet, berechtigte Zweifel an seiner objektiven Unparteilichkeit zu wecken; Versäumnis des Obersten Gerichtshofs, die Zweifel der Bf auszuräumen; Fehlen ausreichender Verfahrensgarantien

03.09.2024, Beschwerde Nr 32648/22, Shlosberg/Russland

Verletzung von Art 3 1.ZPEMRK (Recht auf freie Wahlen); Annullierung der Registrierung eines Oppositionskandidaten für die Abgeordnetenwahlen aufgrund seiner Teilnahme an einer als extremistisch eingestuften Versammlung, für die er verurteilt worden war; Ausübung des Konventionsrechts auf eine friedliche Versammlung kann nicht die Grundlage für eine Sanktion einschließlich der Nichtwählbarkeit für das Parlament bilden; Nichtwählbarkeit des Bf aus willkürlichen Gründen

05.09.2024, Beschwerde Nr 39503/17, Mukhtarli/Aserbaidschan und Georgien

Verletzung von Art 3 EMRK (Verbot der Folter); Verletzung von Art 5 EMRK (Recht auf Freiheit und Sicherheit); Verletzung von Art 8 EMRK (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); Versäumnis Georgiens (GE), wirksame Untersuchung der Behauptungen des aserbaidschanischen (AZE) Bf durchzuführen, dass er entführt, misshandelt und unrechtmäßig von GE nach AZE überstellt worden sei und dass diese Vorwürfe mit seiner journalistischen Tätigkeit im Zusammenhang stünden; aufgrund Ermittlungsmängel unmöglich, die Ereignisse mit hinreichender Sicherheit festzustellen; Gericht konnte nicht "ohne begründeten Zweifel" feststellen, dass die behaupteten Handlungen mit (aktiver oder passiver) Beteiligung oder Duldung der GE Behörden erfolgt sind; Gericht nicht in der Lage, die Rechtswidrigkeit der Festnahme des Bf und seiner ersten Inhaftierung vor einem Richter in AZE festzustellen; Versäumnis der AZE Gerichte, "relevante" und "ausreichende" Gründe für die Notwendigkeit der Untersuchungshaft des BF anzugeben

Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren
Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBI I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche "Gesetzgebungsakte"; bei den "Rechtsakten ohne Gesetzescharakter" sowie den "Mitteilungen und Bekanntmachungen" erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von "Serien") vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz. **Gerichtshof der EU:** Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.* **Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte:** Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer, Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Univ.-Ass. Mag. Theresa Gierlinger, Wiss.-Mit. Anna Kneidinger, Univ.-Ass. Mag. Katharina Marx, Univ.-Ass. Mag. Julia Rauch, Univ.-Ass. Mag. Anna Schöfecker, LL.B., Dr. Simon Wischt, Univ.-Ass. Georg Wurmhöringer, LL.M..

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.